

seit einigen Tagen gibt es in Teilen der Presse und von Friedenspolitischen NGOs Kritik an der Heinrich Böll Stiftung (Bund), und auch aus unserem befreundeten langjährigen Kooperationsumfeld gibt es Kritik an der Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz. Grund dafür ist eine Kontroverse rund um die Unterzeichnung eines Aufrufs zur Neuvereinbarung des transatlantischen Bündnisses zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschlands durch Ellen Ueberschär (Vorstand Heinrich Böll Bundesstiftung) und eine begleitende Veranstaltung in den Räumen der Heinrich Böll Stiftung (Bund).

Dezidiert heißt es in dem aktuell veröffentlichten Aufruf, in welchem es unter anderem um wirtschaftliche Zusammenarbeit und transatlantische demokratische Solidarität geht, „[...] Deutschland [muss] an der Nuklearen Teilhabe festhalten und nötige Modernisierungsschritte umsetzen [...]. Der nukleare Schutzschirm der USA ist für alle nicht-nuklearen NATO-Staaten in Europa unverzichtbar. Es sollte ihn geben, solange es Nuklearwaffen gibt und die Bedrohung anhält.“

Die Autor\*innen des Aufrufs und somit auch Ellen Ueberschär betonen darin nicht für die Organisationen zu sprechen. Wir als hbs RLP verstehen aber durchaus, dass dies öffentlich anders wahrgenommen wird – gerade auch in der Verknüpfung mit der Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung (Bund).

An dieser Stelle möchten wir auch darauf hinweisen, dass wir als Böll Stiftungen zwar in einem Verbund zusammenarbeiten, wir jedoch jeweils eigenständige Organisationen sind.

Daher sehen wir, die Heinrich Böll Stiftung RLP e.V., uns, zum einen aus Respekt unseres Namensgebers Heinrich Böll und zum anderen als Teil der grünen Bewegung, verpflichtet hier klarzustellen, dass wir die Positionen zu nuklearer Teilhabe im Papier nicht teilen. Die Position der Heinrich Böll-Stiftungen in Bezug auf nukleare Ächtung und Abrüstung hat sich nicht verändert.

Für uns als rheinland-pfälzische Organisation ist das Thema besonders brisant, da mit dem Fliegerhorst Büchel im Landkreis Cochem-Zell der (vermutlich) einzige Standort in der Bundesrepublik existiert, an dem noch US-Atomwaffen gelagert und Soldaten auf den Einsatz von Atombomben ausgebildet und vorbereitet werden.

Wir sehen unsere Aufgabe darin, den sehr präsenten und lauten Stimmen für nukleare Teilhabe und Aufrüstung zu widersprechen und andere sicherheitspolitische Akzente zu setzen. Neue feministische Perspektiven, zivile Formen von Krisenintervention und Alternativen zu reinem militärischen Handeln sind unser politisches Anliegen!

Friedenspolitische Gruppen protestieren seit langem für ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands. 2019 haben sie dafür den Aachener Friedenspreis für die Kampagne „Büchel ist überall! Atomwaffenfrei.jetzt“ verliehen bekommen. Die Grüne Partei in Rheinland-Pfalz setzt sich seit ihrer Gründung vehement für ein Ende der Atomwaffen in Deutschland (und weltweit) ein. Dazu wurde am 22. Januar der UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu internationalem Völkerrecht. Die Beitrittsstaaten zum Vertrag verpflichten sich damit Herstellung, Weitergabe, Stationierung, Drohung mit einem Einsatz von Atomwaffen oder die tatsächliche Nutzung zu unterlassen.

Dies sind die politischen Schritte die weitergeführt werden müssen und denen die Bundesrepublik Deutschland folgen sollte. Transatlantische Partnerschaft ist wichtig und

richtig und die NATO mag ein Teil davon sein, aber sie darf nicht der Kern- und Angelpunkt für diese Partnerschaft sein! Und insbesondere die nukleare Teilhabe zum Eckpunkt dieser Partnerschaft zu erklären ist rückwärtsgewandt.

Wir danken alle den kritisch konstruktiven Stimmen aus dem Umfeld in dieser Debatte.

Exemplarisch verweisen wir hier gerne auf das Positionspapier aus den Reihen der Stipendiat\*innen der Heinrich Böll Stiftung

<https://www.boell.de/de/2021/01/29/transatlantisch-traut-euch-plaedoyer-fuer-eine-atomwaffenfreie-welt-ein>

Sowie auf den Appell der Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)

<https://www.wilpf.de/appell-an-die-heinrich-boell-stiftung-sich-an-einem-feministischen-sicherheitsverstaendnis-zu-orientieren-auch-beim-themenkomplex-atomwaffen/>